RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz
Herr Jochen Hartloff, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17 / 1341
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Wolfgang Faller wolfgang.faller@mffjiv.rlp.de	06131 16- 06131 1617

21. 04. 17

Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz am 5.4.2017
TOP 12 „Ablösung von INBI als Träger der Beratungsstelle Salam;
Antrag der CDU-Fraktion,
Vorlage 17/1253

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der vorgenannten Sitzung hat der Ausschuss für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz zu TOP 12 um Überlassung des Sprechvermerkes gebeten. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende nachfolgenden Text:

Gerne erläutere ich, warum sich die Landesregierung für einen Trägerwechsel bei der Beratungsstelle Salam entschieden hat. Lassen Sie mich in Bezug auf die Anfrage zunächst Folgendes klarstellen: Die Beratungsstelle Salam hat gute Arbeitet geleistet. Der Vertrag mit INBI als Träger ist ausgelaufen. Eine nahtlose Übergabe ist vereinbart.
Ich kann Presseberichte nicht bestätigen, nach denen die Zusammenarbeit zwischen dem Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI) und der Landesregie-

rung aufgekündigt worden sei. Auch künftig wird INBI als eingeführter Projektträger mit außerordentlich gutem Zugang zur Migrationsszene in die Deradikalisierungsarbeit mit einbezogen sein.

Als Ende 2015 die Beratungsstelle gegen islamistische Radikalisierung ausgeschrieben wurde, haben wir mit diesem Projekt Neuland betreten. Mehrfach schon haben wir dargelegt, dass zum damaligen Zeitpunkt INBI der einzige Bewerber war, der die Anforderungen der Ausschreibung vollumfänglich erfüllt hat.

Es zeigt sich heute, dass es eine kluge Entscheidung war, die Trägerschaft für zunächst ein Jahr auszuschreiben, denn unter Expertinnen und Experten war klar, dass ein Projekt in solch einem neuen Arbeitsfeld offen für Nachsteuerungen sein muss. Es ist auch bei den Sicherheitsbehörden und bundes- und europaweit Konsens und geübte Arbeitspraxis, sich den dynamisch entwickelnden Herausforderungen durch islamistische Strategien auch mit flexiblen Strukturen anzupassen.

Die Entwicklungen im Jahr 2016 waren signifikant. Es gab mehrere Terroranschläge in Europa, u.a. in Berlin, Paris, und Brüssel. Leider muss ich hierzu ergänzen, dass, nachdem Deutschland lange von ähnlichen Anschlägen verschont geblieben war, bereits mit der Messerattacke einer 15-jährigen in Hannover im Februar 2016, dem Anschlag auf ein Gebetshaus der Sikh in Essen im April 2016, dem „Axt-Attentat" im Zug bei Würzburg und dem Anschlag in Ansbach im Juli 2016 die islamistische Gewalt eine neue qualitative und quantitative Dimension erreicht haben. Die Anwerbung eines 12-Jährigen und dessen versuchter Bombenanschlag im vergangenen Dezember in Ludwigshafen zeigen dies nochmals massiv auf.

Die Einrichtung der Beratungsstelle war eine wohl überlegte und breit koordinierte Maßnahme: Unter Federführung des Jugendministeriums wurde das „Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz" in enger Abstimmung innerhalb der Landesregierung entwickelt, mit dem ein Bündel von Maßnahmen initiiert wurde. Dazu gehört die Einrichtung der Beratungsstelle „Salam" gegen Radikalisierung.

Bisher wurden 77 Personen beraten (43 Fälle) und von der Beratungsstelle begleitet. Der Schwerpunkt der Arbeit von Salam lag darin, mit dem sozialen Umfeld der Be-

troffenen, wie Familie, Lehrerinnen und Lehrer, Sportvereine, Jugendamt, Freundeskreis, Kontakt aufzunehmen. Dieses Umfeld hat am ehesten das Potential, Menschen im Radikalisierungsprozess noch zu erreichen und effektiv auf sie einzuwirken. Wo möglich und sinnvoll wird auch der direkte Kontakt mit den Menschen im Radikalisierungsprozess aufgenommen.

Wir haben auf den verstärkten islamistischen Terror reagiert: Im Zuge des Konzeptes zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung wurde im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus ab 1. April 2016 personell um eine Stelle aufgestockt und um das Themenfeld Islamismus-Prävention erweitert. Aufgaben sind:

- Landeskoordinierung und Vernetzung aller präventiven Projekte gegen eine islamistische Radikalisierung junger Menschen,
- Erarbeitung eines Präventionskonzepts für die Praxis
- Unterstützung und Begleitung für dessen örtliche Umsetzung
- Entwicklung von Maßnahmen gegen Muslimfeindlichkeit und Islamophobie

Dazu hat die Abteilung Landesjugendamt des LSJV bereits 2015 und 2016 vorbereitende Arbeiten geleistet: Im September 2016 wurde das Präventionsnetzwerk ins Leben gerufen: Es dient zum regelmäßigen Austausch zwischen Fachkräften der Jugendarbeit, den muslimischen Verbänden, der Verwaltung und weiteren Akteurinnen und Akteuren.

Diese präventive Arbeit und die Arbeit der Beratungsstelle werden durch einen erweiterten interministeriellen Beirat begleitet (Federführung Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz); er setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Ministerium des Inneren und Sport, Ministerium für Bildung, Ministerium der Justiz, dem Beauftragten der Landeregierung für Migration und Integration, Landesjugendamt, Landeskriminalamt, Vertreterinnen und Vertretern muslimischer

Verbände und der Wissenschaft (Hochschule Koblenz, DJI) wie auch jugendschutz.net.
Diese Konstellation entspricht im Übrigen ziemlich genau dem hier des Öfteren positiv bewerteten hessischen Modell. Wir unterscheiden uns im Wesentlichen in der quantitativen Ausstattung, was darin begründet ist, dass die islamistische Szene in Hessen auch nahezu zehnmal so groß ist wie in Rheinland-Pfalz.
Aufgrund der genannten Anschläge und Anschlagsversuche sowie des Anwachsens der Gruppe der von Radikalisierung Gefährdeten hat die Landesregierung die Initiative ergriffen und die Sicherheitskräfte, sowie die Präventiv- und Interventionspotentiale verstärkt. Zu den Maßnahmen, die auch beim Spitzengespräch Sicherheit der Ministerpräsidentin am 20. Januar 2017 vorgestellt wurden, zählt auch die personelle Verstärkung der Beratungsstelle und damit ihrer Kapazitäten. Diese soll insbesondere auch der Aussteigerberatung zugutekommen.
Ausstiegsberatung bei islamistischer Radikalisierung und die teilweise erfolgreichen Anwerbeversuche des IS bei Kindern und Jugendlichen sind neue Herausforderungen. Ein Patentrezept dagegen gibt es leider nicht, wohl aber erprobte Ansätze, auch in anderen Bereichen gewaltförmiger Radikalisierung.

Die Abteilung Landesjugendamt des LSJV spielt, wie geschildert, bisher schon eine wichtige Rolle in der Verhinderung von Radikalisierung.
Die dortige Landeskoordinierungsstelle mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und den Programmen Rückwege (für Menschen auf dem Weg zur Radikalisierung) und Rauswege (für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene) betreibt schon seit Jahren eine sehr erfolgreiche Arbeit, die weithin große Anerkennung genießt. So ergeben sich, bei aller Unterschiedlichkeit der Ideologien, in der methodischen Herangehensweise vielerlei Parallelen. Die hier vorhandene Expertise und entwickelten Kompetenzen im Umgang mit radikalisierten Jugendlichen können anteilig in die Weiterentwicklung der Beratungsstelle Salam einfließen und Synergieeffekte erzeugen. Deshalb wird die Beratungsstelle Salam ab dem 1. Mai 2017 dort angesiedelt. Im

LSJV ist mit der Koordinierungsstelle und dem Präventionsnetzwerk DivAN schon jetzt ein Arbeitsansatz zum Islamismus verankert.

Positive Auswirkungen sind auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden zu erwarten, die innerhalb von Landesbehörden einfacher handzuhaben ist. Insbesondere die Weitergabe von Sicherheitsinformationen durch die Sicherheitsbehörden an nichtstaatliche Dritte ist nur sehr eingeschränkt möglich.

Die ersten drei Stellen im Projekt sind bereits ausgeschrieben. Sie werden zum 1. Mai 2017 die Arbeit beginnen und für eine reibungslose Fortführung der Beratung in den laufenden Fällen sorgen.

Da wir uns in einem dynamischen Feld bewegen, das differenzierte Fähigkeiten und profundes Wissen in pädagogischer, beraterischer, religionswissenschaftlicher, islamischer und politischer Hinsicht erfordert, muss die Beratungsstelle fachlich breit aufgestellt sein. Mit der neuen Struktur soll überdies eine Erweiterung und Intensivierung der direkten Beratungsarbeit mit den gefährdeten jungen Menschen einhergehen. Hier zeigte sich in den vergangenen Monaten deutlich wachsender Bedarf. Um hierauf adäquat reagieren zu können, sollen in den nächsten Monaten voraussichtlich zwei weitere Stellen hinzukommen.

Da wir derzeit noch im Personalfindungsverfahren sind, kann ich Sie über die detaillierte Organisationsstruktur erst in einer der kommenden Ausschusssitzungen informieren.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Christiane Rohleder

Dr. Christiane Rohleder
Staatssekretärin